

Vorlage Stadtparlament

Datum 9. September 2025
Beschluss Nr. 829
Aktenplan 152.15.11 Stadtparlament: Postulate

Postulat der GLP-Fraktion, FDP-/JF-Fraktion, Die Mitte/EVP-Fraktion, Grüne/Junge Grüne-Fraktion sowie SP/JUSO/PFG-Fraktion: Verursachergerechte Finanzierung städtischer Leistungen durch Leistungsanalyse / Zentrumslasten: Wie weiter?; Frage der Erheblicherklärung

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat «Verursachergerechte Finanzierung städtischer Leistungen durch Leistungsanalyse / Zentrumslasten: Wie weiter?» wird erheblich erklärt.

Die GLP-Fraktion, FDP-/JF-Fraktion, Die Mitte/EVP-Fraktion, Grüne/Junge Grüne-Fraktion, SP/JUSO/PFG-Fraktion sowie mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 1. Juli 2025 das beiliegende Postulat «Verursachergerechte Finanzierung städtischer Leistungen durch Leistungsanalyse / Zentrumslasten: Wie weiter?» mit insgesamt 51 Unterschriften ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Ausgangslage

Die Aktualisierung der Ecoplan-Studie zu den Zentrumslasten der Stadt St.Gallen aus dem Jahr 2023 zeigt, dass die Stadt St.Gallen weiterhin ungedeckte Zentrumslasten trägt. Im Wirksamkeitsbericht 2024 zum Finanzausgleichsgesetz anerkennt die St.Galler Kantonsregierung die Herausforderungen, die mit dem hohen Selbstbehalt und weiteren nicht abgegoltenen Mehrbelastungen verbunden sind. Aus diesem Grund und aufgrund der eigenen Sparanstrengungen der Stadt St.Gallen sprachen sich Regierung und Kantonsrat im Rahmen des V. Nachtrags zum Finanzausgleichsgesetzes (FAG; sGS 813.1) für eine bis ins Jahr 2028 befristete Erhöhung des Sonderlastenausgleichs Stadt St.Gallen um jährlich 3.7 Mio. Franken aus. Gegen die geplante Gesetzesrevision ergriff die SVP-Fraktion des Kantonsparlaments das Ratsreferendum. Am 18. Mai 2025 lehnte die kantonale Stimmbevölkerung den V. Nachtrag zum FAG entgegen der Empfehlung von Regierung und einer Mehrheit des Kantonsrats deutlich ab. Die temporäre Erhöhung des Sonderlastenausgleichs Stadt St.Gallen um CHF 3.7 Mio. ist damit vom Tisch.

2 Erwägungen des Stadtrates

Die durch die fachliche Perspektive, die Regierung sowie die Mehrheit des Kantonsrats gestützte und vertretene Position, dass es einer Verbesserung der Finanzausgleichsinstrumente bedarf, ist auch nach Ablehnung des V. Nachtrags nicht hinfällig. Der Stadt verbleiben weiterhin die auf der Rechnung 2021 basierend berechneten Zentrums- und Zusatzlasten von CHF 36 Mio. jährlich. Der Stadtrat möchte die Erkenntnisse aus der Volksabstimmung nutzen und diese in die Vorschlagserarbeitung für einen fachlich sinnvollen und für alle Gemeinden des Kantons adäquaten Ressourcen- und Lastenausgleich einfliessen lassen. Mit Blick auf den nächsten, durch den Kanton zu erstellenden Wirksamkeitsbericht zum innerkantonalen Finanzausgleich im Jahr 2028 evaluiert der Stadtrat politisch tragbare und fachlich sinnvolle Lösungsvorschläge. Zudem bestehen Prüfaufträge zur Lastenverteilung zwischen Stadt und Kanton im Bereich «Kultur», «öffentlicher Verkehr» sowie zur Nutzung von Synergien zwischen Stadt- und Kantonspolizei. Diese Prüfaufträge werden gemeinsam mit dem Kanton bearbeitet.

Im Zusammenhang mit den oben beschriebenen Arbeiten liegt es nahe, die im Postulat aufgeführten Anliegen mitzuberücksichtigen, die Aufträge entgegenzunehmen und die geforderten Analysen vorzunehmen. Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament dementsprechend, das vorliegende Postulat erheblich zu erklären.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Andy Markwalder

Beilage:
▪ Postulat vom 1. Juli 2025